

24. November 2015

Pressemitteilung

MOBIT beunruhigt über Anstieg rechtsextrem Eingestellter

Heute Morgen wurden in der Thüringer Staatskanzlei die Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2015 vorgestellt. Der wissenschaftliche Leiter der Forschungsgruppe Prof. Dr. Heinrich Best sprach von einem „signifikanten Zuwachs rechtsextremer Einstellungen“. Über diese Zuwächse zeigt sich auch die Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT) beunruhigt.

Der aktuelle Thüringenmonitor zeigt nicht nur insgesamt einen deutlichen Anstieg rechtsextremer Einstellungen sondern speziell auch eine steigende Ablehnung der Demokratie. Prof. Dr. Best spricht von einer wachsenden staats- und demokratiefeindlichen Minderheit. Zwar ist eine Minderheit dem demokratischen Staat ablehnend gegenüber, jedoch wächst diese. Ein Fünftel der Thüringer Bevölkerung zieht unter Umständen eine Diktatur der demokratischen Teilhabe vor (20 Prozent; Durchschnitt 2010-14: 14 Prozent). Neben den demokratiefeindlichen Einstellungen hat sich auch die positive Bewertung des historischen Nationalsozialismus deutlich erhöht. Fast ein Viertel billigt dem nationalsozialistischen Regime rückblickend gute Seiten zu (24 Prozent; Durchschnitt 2010-14: 17 Prozent). Insgesamt sehen die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen einen Anteil von einem Viertel rechtsextrem Eingestellten in der Thüringer Bevölkerung.

Die Mobile Beratung in Thüringen (MOBIT) warnt vor dem Hintergrund vor einer weiteren öffentlichen Enttabuisierung extrem rechter bzw. neonazistischer Positionen. Mit den aktuellen Debatten rund um Geflüchtete Menschen und eine ständig steigende Aktivität der extrem rechten Szene scheinen demokratische Werte zunehmende Ablehnung zu erfahren. „Wenn ein Fünftel der Thüringer die Demokratie zugunsten einer Diktatur ablehnen, ist dies ein mehr als besorgniserregendes Zeichen“, warnt Stefan Heerdegen, Berater bei MOBIT. „Neben der hohen Ablehnung demokratischer Strukturen beunruhigt uns vor allem der hohe Anstieg der positiven Bewertung des Nationalsozialismus“, so Heerdegen weiter.

Besonders die politischen Akteure in Thüringen müssen auf jene Befunde reagieren. Ein klares Eintreten für Demokratie und Menschenrechte ist aktuell unverzichtbar. „Gerade die Engagierten der Thüringer Zivilgesellschaft, die sich seit Monaten gegen Neonazis und für Flüchtlinge engagieren, brauchen eine klare Haltung der Politik und Unterstützung für ihre demokratische Arbeit“, macht Heerdegen klar.

Rückfragen an Stefan Heerdegen unter: 0151-12129036